

Bezugs-Preis
In der Hauptstadt oder deren Umgebungen abgeholt: vierteljährlich 4.50, bei
jeweiliger Abgabe der Postgebühren 5.00, bei
Abgabe der Postgebühren für Deutschland
u. Österreich vierteljährlich 4.50, für
die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisstraße 6.
Telefon 150 und 222.
Filialredaktionen:
Alfred Gahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 2,
E. Köpcke, Kutschgasse 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strömpfer Straße 6.
Telefon 1718.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Dunder, Verlag Ver. Volkswirtschaftl.,
Hofmannstraße 10.
Telefon 1718.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

**Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.**

Anzeigen-Preis
die 6erpaletten Zeitspalt 25 A.
Reklamen unter dem Rubrikationsdruck
(Anzeigen) 75 A. um den Rubrikations-
richtigen (6erpaletten) 50 A.
Tabellelcher und Hefenbogen entsprechend
höher. — Gebühren für Nachdruckungen und
Offertenannahme 25 A. (vgl. Seite).

Extra-Beilagen (geliefert nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postlieferung
4.00, mit Postlieferung 4.70.)

Annahmestelle für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind frei an die Expedition
zu richten.
Die Expedition ist nachmittags ununterbrochen
geöffnet von früh 8 Uhr abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von G. Fock in Leipzig.

Nr. 23. **Mittwoch** den 14. Januar 1903. 97. Jahrgang.

England, Rußland und Deutschland.

Wenn gewisse Leute es immer wieder so darstellen, als ob die England nicht wohlwollende Gesinnung eines großen Teiles der deutschen Presse Schuld an den immer noch ziemlich fühligen Beziehungen zwischen beiden Ländern trage, so sind diese Leute durch das Echo, das zwei Ereignisse der letzten Wochen, die deutsch-englische Kooperation in Venezuela und die englisch-russische Reibung wegen der Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen, diesseits und jenseits des Kanals geweckt worden, ad absurdum geführt worden.

Wir zweifeln nicht daran, daß es auch in Deutschland viele Leute gab, die von dem Zusammengehen Deutschlands mit England in Venezuela an sich wenig erbaut waren. Sie hielten es aber für eine Pflicht der Gerechtigkeit und der politischen Klugheit, sich während der Dauer der Kooperation Reserve aufzuwerfen. Die öffentliche Meinung Englands hat dies nicht für nötig gehalten. Das fleischliche Gesicht Kiplings — das um so schwerer in die Waagschale fällt, als Kipling tatsächlich der bedeutendste lebende Poet Englands ist — hat fürwahrigen Beifall in England gefunden. Und vor Wochenfrist ist in einem seit sieben Jahren konservativ vertretenen englischen Kommunal-Parlament ein Anhänger der Opposition gemöhnt worden, bloß um, wie die Londoner Presse überwiegend behauptet, der englischen Regierung zu zeigen, wie unangenehm das englische Volk mit der gemeinsamen deutsch-englischen Aktion sei.

Indessen, die unfreundliche Stimmung des englischen Volkes in diesem Falle kann vielleicht noch mit dem „post hoc, ergo propter hoc“, entschuldiget werden, d. h. man kann vielleicht sagen, daß, weil die gemeinsame Aktion der unglücklichen Beurteilung des englischen Volkes in Süd-Afrika durch die deutsche öffentliche Meinung fast unmittelbar folgte, das englische Volk mit einem gewissen Rechte dieser Aktion eine Ablehnung entgegenbringe.

Wenn wir dies zugeben, so wird man uns wahrlich keinen Mangel an Objektivität vorwerfen können; denn wir suchen und damit sogar auf den englischen Standpunkt zu stellen. Um so mehr aber haben wir Anspruch, für objektiv und ruhig urteilen zu werden, wenn wir den Ausfall der „Times“ gegen Deutschland gelegentlich des englisch-russischen Konflikts wegen der Dardanellenfrage unerschrocken und unerschrocken finden.

England hat sich bei der Frage darüber beschwert, daß einige russische Torpedoboote vor einigen Monaten durch die Dardanellen haben fahren dürfen. Wir meinen, daß die Regelung dieser Angelegenheit Sache der drei beteiligten Mächte sei, nämlich Englands, Rußlands und der Türkei. Deutschland hatte sich neutral zu verhalten und es hat dies auch getan, ebenso wie die andern Großmächte, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn, von denen die eine oder die andre beiläufig an den Geschicken der Balkanhalbinsel härter interessiert ist als Deutschland.

Wenn man die „Times“ gegen die andern Großmächte sein Wort sagt, aber Deutschland wegen seiner neutralen Haltung Verurteilung macht und ihren Jarn darüber zu erkennen gibt, daß Deutschland nicht die englische diplomatische Aktion unterstützt hat, so beweist das bedeutende Blatt Englands, das zugleich das Spiegelbild der öffentlichen Meinung des Landes ist, damit, daß man sich an Deutschland reiden will.

Deutschlands Haltung in Konfliktfällen zwischen England und Rußland ist so einfach wie möglich. Wird ein wichtiges Interesse Deutschlands nicht berührt, so ist die Neutralität für Deutschland gegeben. Ist das Interesse Englands zugleich dasjenige Deutschlands, so wird die deutsche Diplomatie auch auf Englands Seite stehen, wie beispielsweise bei dem Panama-Kanal-Vertrage; ist das Interesse Rußlands zugleich dasjenige Deutschlands, so wird die deutsche Diplomatie auf Seiten Rußlands stehen, wie beispielsweise bei der den Engländern so fatalen Unverbrüderung der sinesisch-japanischen Friedensbedingungen durch Deutschland, Rußland und Frankreich im Frühjahr 1895.

Mit dieser Tatsache, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, findet sich Rußland ohne weiteres ab. Die Engländer, die ja so vorzeigliche Kaufleute sind und die immer nur nach ihren Interessen gehen, finden sich nicht damit ab, weil sie noch immer an die fleischliche Egoisten zurückdenken, d. h. an die Seiten, in denen Deutschland, bzw. dessen Hauptmacht, Preußen, immer mit England zusammenhängt und England gute Geschäfte damit macht. Und hiermit treffen wir auf den Ursprung der englischen Verbitterung gegen Deutschland. Die unfreundlichen Artikel der deutschen Presse würde man wohl mit ähnlich unfreundlichen Artikeln erwidern, aber sich innerlich nicht sonderlich darüber aufgeregt haben; aber doch Deutschland seit Bismarcks Tagen — und darin ebenfalls, das darf man mit Zufriedenheit konstatieren, ist Graf Bismarck sein treuer Schüler — seine eigene Politik macht, das findet man in England unver-

Freiherr Sprock v. Sternburg über seine Aufgabe in Amerika.

Leipzig, 13. Januar. Freiherr Sprock v. Sternburg, der neue deutsche Vertreter in Washington, empfing mich in meiner Eigenschaft als Vertreter des „Leipziger Tageblattes“ heute in seinem herrlichen ständigen Quartier am Georgiring und hatte die Güte, mir in längerer Unterredung seine Auffassung von der seiner in Amerika harrenden Aufgabe darzulegen. Was könnte auch länger sagen: er hat sich interessiert lassen — aber das wäre ein Fremdwort.

Der Baron — Excellenz darf man noch nicht sagen — ist ein durchaus moderner Mann, an dem nicht an den Diplomaten alter Schule erinnert; das wäre schon die ruhige Gelassenheit des früheren sächsischen Reitrossführers verbunden. Und dann hat Freiherr von Sternburg offenbar nicht erst als Diplomat die sogenannte diplomatische Offenheit zu lernen brauchen. Er kann sogar mehr als offen sein, nämlich den Eindruck völliger Offenheit machen, es ist eben gar nichts Geheimnisvolles an ihm. Vielleicht findet gerade darin der Sprung vom Generalstab zum Vorkonsulvertreter seine Erklärung.

Gleich seine erste Anrede, über die Presse, ist sehr charakteristisch. „Die Presse soll vor allen Dingen korrekt informieren, das erleichtert die Aufgabe der Regierung.“ Das Urteil des Freiherrn über die amerikanische Presse war durchaus achtungsvoll. Er hält sie in ihrer Allgemeinheit für gar nicht so rücksichtslos, wie sie vielfach beurteilt wird. Die vorzüglichsten noch jungen amerikanischen Journalisten der leitenden Blätter seien zwar außerordentlich energisch, aber auch unerschrocken. Ihr scharfer Verstand, vorzügliche wissenschaftliche Vorbildung und klare Urteil hätten ihn stets in hohem Grade gefestigt. In diesem Urteil vermochte ich auch nicht die gerade eben bekannt geordnete und von mir vorgelegte Anklage des „Commercial Advertiser“ in New York zu beirren, die er behauptet, daß einer öffentlichen Information zufolge der deutsche Vorkonsul in Philadelphia, Herr v. Sternburg, sei lange schon Nebenbuhler gewesen. Dem ersten glückte es nicht, die Vertagung des Freiherrn nach Kallitua zu erwirken, aber dessen Freundes in Berlin gelang es jetzt, die deutsche Regierung zu veranlassen, Holleben durch Sternburg zu ersetzen. „Selbstverständlich ist kein Wort davon wahr“, sagte Herr v. Sternburg. „Ich schäme im Gegenteil Herrn v. Holleben als ausgezeichneten Beamten von ganz hervorragender Intelligenz, dessen klare Auffassung schwieriger Verhältnisse ich immer beobachtet habe; es war mir stets ein Vergnügen, mit diesem eminenten Diplomaten zusammen zu arbeiten.“ Es sei im übrigen kein Wunder, wenn Herr v. Holleben, der bald 70 Jahre werde, einmal sich nicht klarlich genug stelle für die augenblicklich noch erhöhten Washingtoner Anforderungen. Mit der Kipling-Sache habe der Vorkonsul nicht das Geringste zu tun gehabt. Er selbst, Herr v. Sternburg, gebe sehr gern nach Washington, wo für ihn vertraute Wachen seien.

Der Name Rosenfeldt, dessen freundschaftliche Stellung zum Baron v. Sternburg bekannt ist, lag nun in der Luft und beherrschte jetzt eine ganze lange Zeit das Gespräch. „Der Präsident, den meine Frau und ich vor wenigen Wochen besucht haben, besitzt eine riesige Arbeitskraft, er ist darin nur unserem Kaiser vergleichbar. Diese beiden benötigten fast mehr als Menschen möglich. Ihre Tätigkeit steht von früh bis abends unter Hochdruck.“

Und Venezuela?

„Die Venezuela-Angelegenheit wird uns und auch mir keine Schwierigkeiten bieten, wenn die in Betracht kommenden Personen Männer vom Schlage des Präsidenten Rosenfeldt sind.“

Aber die Monroe-Doktrin?

„Die ist ein ausgezeichnetes Gesetz für die Amerikaner, das Präsident Roosevelt, wie er mehrfach betont hat, als Friedensmaßregel betrachtet.“ Die jetzige Verwirrung auf diese Doktrin von Seiten des Volkes stelle vielleicht eine Probe auf das Gemessene dar. Bei dem großen Einfluß der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und der Abweisung der großen Mächte gegen das deutsch-englische Vorgehen sei die Aufgabe des deutschen Vertreters in Washington zwar keine einfache, aber doch sei ihm dabei gar nicht unbehaglich zu mut. Er vertraue sehr auf das Gerechtigkeitsgefühl des Präsidenten und auf den Zeit des bevorstehenden Verraters derselben. „Während meiner langjährigen Tätigkeit in Washington habe ich immer mit Lust und Liebe gearbeitet, weil ich überall das größte Ent-

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Januar. Der „berühmte“ Reichstag, der demnächst zum letzten Male vor den Wahlen den Ort zu beraten haben wird, wird schon bei dieser Gelegenheit seiner Sozialdemokratie in sich zu freuen haben, welche die Entschärfungen gründlich auszunutzen werden, um einmal die schwere Schlappe, die sie bei der Beratung des Reichsrechts erlitten haben, wett zu machen und um gleichzeitig die Agitation für die Reichstagswahlen mit der Heftigkeit schon von jeder dieser Gelegenheiten Leben zum Heiler heraus zu holen, so wird sie es diesmal doppelt und dreifach tun. Und es dürfte recht schwer halten, sie daran zu verhindern, denn bei der ersten Reichsberatung werden den Parteien genötigt vier bis fünf Tage einzuräumen. Bei der zweiten Beratung oder haben die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag die Debatte in ihrer Gewalt, weil der Reichstag nur selten beschlußfähig und es deshalb für die andern Parteien gefährlich ist, den Schluß der Diskussion zu verlangen. Die Sozialdemokraten sind aber diesmal noch ganz besonders in der Lage, den Ort für die Wahlagitation auszunutzen; das selbste sehr natürliche Gefühl des Ortes gibt ihnen Gelegenheit dazu, denn sie können nach zwei Richtungen der Regierung zu Leide gehen. Sie werden sich nämlich zunächst an die Höhe der Ausgaben halten, indem sie auf ihre billige Voraussetzung hinweisen werden, daß die großen Mehrausgaben für die Wehrmacht, insbesondere der Marine, zu einem Teil führen würden. Und sie werden auch die „Kreuzer“ und die „Kriegsschiffe“ in die Diskussion einbringen, durch die das Reich gebet werden soll, bemessen. Wenn die „Kreuzer“ laut: „In dem jetzigen Reichstage wird man sich auf eine Neuordnung der Reichsfinanzen allerdings nicht einlassen können, ja, es würde nicht einmal zweckmäßig sein, sich über diesen Gegenstand programmatisch auszusprechen“, so wird es die Sozialdemokratie für sehr zweckmäßig erachten, die Regierung mit folgenden Fragen zu überhäufen, die sie wird ein willkürliches ebenso für ihre Agitation auszunutzen wissen, wie eine Antwort. Ein weiteres Agitationsmittel hat die Sozialdemokratie durch die scharfen Antitativitäten, die bei dem Mangel an anderen Arbeitsstoff zur Erörterung kommen dürften. Die Sozialdemokratie wird auch hier jede Gelegenheit benutzen, um sich auf die allein feil machende, die vorhandenen Volksrechte erhaltende und ihre Erweiterung anstrebende Volkspartei hinauszusetzen. Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie auch den der Verabschiedung noch harrenden Entwurf über die gewerbliche Kinderarbeit zu ihren Gunsten auszunutzen suchen. Denn so legendreich auch dieser Entwurf ist und so sehr er die unglückliche Kinderarbeit einzuschränken bemüht ist, so kann er doch etwas Vollendetes nicht bieten und die Sozialdemokratie findet ja gerade bei dem Kapitel der Kinderarbeit reich Gelegenheit, ein Behauptung über die sozialen Zustände unter der Herrschaft der bestehenden Gesellschaft anzunehmen. Wenn also der „berühmte“ Reichstag überhaupt ganz unter dem Zeichen der Sozialdemokratie stehen wird, so kann man sich darüber nicht wundern. Die natürliche Haft von fünf Tausend Mandaten, die die Sozialdemokratie errungen hat und die sie zur unerschütterlichen Partei machen, die Volkspartei, mit der sie wie abgeordnete der andern Parteien ihr Mandat ausüben, und der kräftige Heiler der andern Parteien, auch in den Wahlen, in denen notorische Mitarbeiter zu ragen sind, der Sozialdemokratie die Rolle des öffentlichen Anführers zu übernehmen, all dies hat es der Sozialdemokratie ermöglicht, im Reichstage das große Wort zu führen. Angelehnt der bevorstehenden Reichstagswahlen muß man es freilich doppelt bedauern, daß die Sozialdemokratie sich nicht die parlamentarischen Verhandlungen als Agitationsmittel verwenden kann. Stellvertret-

Annahmestelle für Anzeigen.

Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind frei an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist nachmittags ununterbrochen geöffnet von früh 8 Uhr abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von G. Fock in Leipzig.

Berlin, 13. Januar. (Goldaten — keine Patienten zweiter Klasse!) In einem Bericht über seine jährliche Tätigkeit am Garnisonlazarett Stettin tritt S. Müller, der in der Zeit 1897—1901 über 1000 Mann spezialärztlich behandelt hat, dafür ein, daß die ärztliche Tätigkeit in der Armee der übrigen militärischen Tätigkeit gleichgestellt, d. h. von aktiven Militärs auszuüben sei. So sehr diesem Verlangen beigestimmt werden kann, so wenig darf Mühe zugestimmt werden, wenn er schreibt: „Die Tätigkeit des Militärarztes soll nur darauf gerichtet sein, vorliegende Erkrankungen schnell, sicher und möglichst einfach zu heben. . . . Kosmetische Gesichtspunkte dürfen hier keine Rolle spielen. Die manuelle Geschicklichkeit des spezialistisch tätigen Sanitätsoffiziers und seine spezialistische Ausbildung können also geringer sein, als die eines in Privatpraxis lebenden Zahnarztes.“ — Diese Auffassung wird von der Militärärztlichen Gesellschaft mit Recht zurückgewiesen. Das genannte Organ unseres Sanitätsoffizierskorps erinnert an das Wort Friedrich Wilhelm IV.: „Nicht so billig wie möglich, sondern so gut wie möglich soll für Leben und Gelingen des benannten Bundesgenossen georgt sein.“ Dieses Wort habe die Richtschnur bei allen organisatorischen Bestrebungen auf dem Gebiete des Militärärztlichen im letzten Jahrzehnt gebildet, und müsse es auch in Bezug auf die Zahnheilkunde gelten, wenn der Zweck der Maßnahme erreicht werden solle. Der Standpunkt unserer Soldaten in keinem Falle als Patienten zweiter Klasse behandeln zu lassen, verdient ungeteilte Anerkennung.

Berlin, 13. Januar. (Verweilung deutscher Sprachgenossen.) Es ist unbestreitbar, daß die deutsche Sprache der Übergriffe der nationalpolitischen Propaganda ersehnt wird, daß die französische Sprache die politischen Grundgedanken mit hypothetischen Parolen füllt. Von französischer Seite werden aber unangelegentlich noch andere Vorwürfe in unser Volk und Sprachgebiet unternommen. Das eigentliche Arbeitsfeld der allianse française, dieser für das ganze Erdrund geschickten Gesellschaft, ist die Schweiz; das der societé pour la vulgarisation de la langue française et belgique Belgien. Frankreich ist auch der Ort der antideutschen Bewegung in Österreich-Ungarn. All Recht aber heißt es in einer vor Kurzem in zweiter Auflage erschienenen Schrift: „Das vermeintliche Deutschsein jenseits der Weimarer des Reiches“ von Kurd v. Strang (Verlag von Friedr. Luchterhand in Berlin und Leipzig), die Franzosen mühen sich ein Werk zu sein, wie wir auch in Friedenszeiten in uns entfremdetem Gebiete unser Volkstum wieder erwerben und stärken. Die völkische Bewegung treibt die Franzosen in mühseligem Kampfe allmählich zurück und wird über die Grenze in die französischen Niederlande ziehen. Auch in der Schweiz zeigt sich das deutsche Volksgewissen, wenn auch noch berall schwach und verflücht. Wir müssen offen und antimilitärisch die Wehrübungen unterliegen, wie dies die französischen Vertreter im Anlande tun. Die Jurisdiction in den deutschen Außenländern muß aufgehoben, wenn die Sieger von Sedan nicht im Frieden den besiegten Franzosen das Feld räumen wollen, wie wir es zu unserer Schmach in der Schweiz erleben müßten. Weder unsere Diplomaten noch die als Kaufleute in der Fremde lebenden Reichsdienstigen haben für diese Verdrängung ihres eigenen Volkstums ein Verhängnis und wollen gar den Bund mit den Völkern und europäischen Deutschschweizern aus Angst vor politischen Verwicklungen oder geschäftlichen Rücksichten zurück. Das ist von den Franzosen, deren glühende Vaterlandsliebe vorliegend nicht gehandelt. Was speziell die Schweiz betrifft, so ist deren Volk politisch wohl reichlich und häufig französischer, so ist deren Volk politisch der Romanen und auch der deutschen Bundesstaaten. Selbstverständlich muß bei jedem deutschen Einigen wirken gegen weitere Verweilung dieser Grundgedanken bleiben, daß es Deutschland sehr liegt, das oberhalb des Bodensandes zum politischen Ansehen zu gewinnen. Wir wollen nur keine Verweilung haben, die folgerichtiger Weise zum Abfall der einzelnen Teile an Frankreich und Italien führen muß. Es wenig das deutsche Reich in der Schweiz geliebt ist, so wird doch durch das Reich mehr als durch ein andres Land der Wehr der geschäftlichen Ungenossenschaft verdrängt, die schon längst die Werte ihrer weltlichen Reichthümer geworden wäre, wie bisher nur das Berlin, sowie die Gemeinden des Lothales und am Südrande des Monte Rosa. Ist die Wehr seines niederdeutschen Volkstums mit der Zeit bewahrt worden, so gilt dies nicht auch vom Schweizer, trotz seiner hochdeutschen Schriftsprache. Für den Deutschschweizer, der bloß seine Mundart spricht und sich daher im Schriftdeutsch nicht sicher fühlt, ist das bilinguale Französisch Bedürfnis, selber eine echt deutsche Muttersprache, aber immer mehr abgerichtet wird. Hier nachzuheilen, ist Aufgabe aller vaterlandlichen Freunde, welche die weitere Verweilung deutscher Sprachgenossen nicht wollen.

Berlin, 13. Januar. (Gestern mittag fuhr der Kaiser beim Königl. sächsischen Oberland Grafen von Hohenhausen und Bergen vor. Der Mittagsstapel waren keine Einladungen ergangen. Um 2 1/2 Uhr besah der Kaiser das Schloss des Wittwens G. Wagners, um dort das Wappenstein zum Denkmal des Generals Graf von Woon zu besichtigen. Um 6 1/2 Uhr empfing der Kaiser den Oberstammer Grafen von Salm-Burach, der auch zur Abendstunde blieb, in welcher ferne der Generalstab in Rains Bäder-Jensisch gelassen war. — Um 8 Uhr ließ der Kaiser in der Eingangsallee den Vortrag des Professors Delius. Nach dem Vortrag verweilte der Kaiser längere Zeit in der Bibliothek, wo General Graf von Woon einen Vortrag im Vorzimmer, der Kaiser sprach einen Reichskanzler Grafen Willems vor und übernahm im höchsten Schloße Vorträge des Grafen des Militärschloßes, des Grafen des Admiralschloßes und des Grafen des Marine-Ministeriums)